

# „Muss als Ortschef alle Seiten sehen“ 6.3.13

## INTERVIEW: Mit Armin Juchem im Gespräch über wiederkehrenden Beitrag, Gemeinderats-Transparenz und ein Dorf im Unfrieden

In Marnheim wurde, nach Jahresabschluss, Auseinandersetzungen in der Bürgerschaft und im Gemeinderat, jetzt gegen den erklärten Willen von Ortschef Klaus Duwensee die Einführung wiederkehrender Beiträge beim Straßenausbau per Satzung beschlossen. Im Nachbarort Bolanden verschärften sich die Auseinandersetzungen darüber seit Herbst. Den schließlich in geheimer Abstimmung hergeleiteten Ratsbeschluss vom 3. Dezember, keine wiederkehrenden Beiträge einzuführen, kassierte die Kommunalaufsicht mit der Begründung, diesem Beschluss hätte eine öffentliche Beratung vorgehen müssen. Über ein Dorf im Unfrieden und das weitere Vorgehen sprach Barbara Tüll mit Ortsbürgermeister Armin Juchem.

Herr Juchem, zwischen Befürwortern und Gegnern in Teilen der Bevölkerung ist die Atmosphäre vergiftet, es soll wechselseitig sogar persönliche Drohungen geben. Musste es so weit kommen? Und welchen Anteil daran sehen Sie bei sich selbst?

Ich möchte zunächst einmal festhalten, dass es einen kleinen Kreis von Bürgern gibt, die das Thema zum Teil aggressiv angehen und behandeln. Da kommen dann auch Altlasten hoch, zum Beispiel, dass für eine Baumaßnahme 1973 in der Franz-Käth-Straße ein Teil der Anwohner bezahlt hat, ein anderer nicht. Dafür kann man aber nicht mich verantwortlich machen.

Ich selber muss mir zwei Dinge ankreiden: mich von einer gewissen Hektik anstecken gelassen zu haben, nachdem wir fünf Jahre auf einen Zuschuss für den anstehenden Ausbau von sechs Gemeindestraßen gewartet haben und diese Bewilligung plötzlich im Sommer 2012 da war und zum Handeln zwang. Und zum zweiten: dass ich, nachdem Ratsmitglied Helmut Schmidt den Antrag auf Einführung des wiederkehrenden Beitrags gestellt hatte, mich auf die Aussage der Verwaltung verlassen habe, für die konkrete Maßnahme sei das nicht mehr möglich. Das hat der Fachreferent des Gemeinde- und Städtebundes Gerd Thielmann in der November-sitzung des Gemeinderates dann klar als falsch bezeichnet.

Spätestens als dieser Fakt bekannt wurde, eskalierten die Auseinandersetzungen – auch im Gemeinderat. Umso nachdrücklicher wurde in der Folgezeit auch eine schnellstmögliche

che öffentliche Informationsveranstaltung mit Thielmann gefordert...

... der dem Gemeinderat aber gesagt hat, er käme erst, wenn wir auch einen Satzungsentwurf als Grundlage für eine solche Veranstaltung hätten. Dass es die Informationsveranstaltung nicht früher gab, kreierte ich mir aber auch an.

Nun, ein paar Monate später, kommt Thielmann doch, auch wenn er einen bereits vereinbarten Termin im Februar erst mal krankheitsbedingt absagen musste. Die Initiative, ihn einzuladen, ging aber nicht von Ihnen aus. Sie haben stattdessen eine Referentin vorgeschlagen, von der es heißt, sie stünde wiederkehrenden Beiträgen gelinde gesagt skeptisch gegenüber. Ist da nicht schon wieder umnötig Sand im Getriebe: Die Gemeindevorstände doch zu einer neutralen und im Übrigen längst überfälligen Infoveranstaltung verpflichtet?

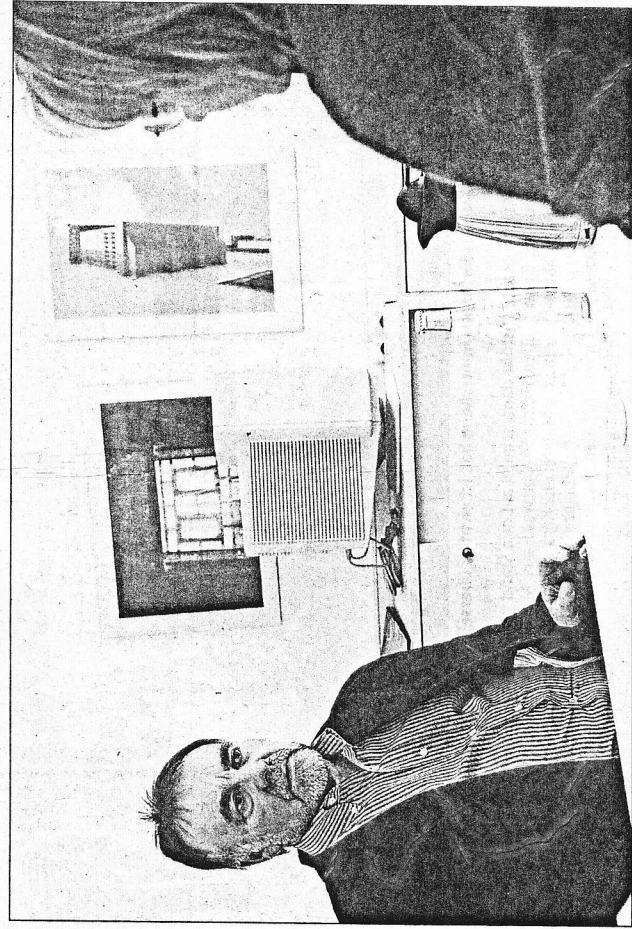
Darin, dass wir jetzt zwei Referenten haben, sehe ich nichts Schlechtes. Bärbel Glas, Rechtsanwältin in Kaiserslautern und frühere CDU-Beigeordnete der Verbandsgemeinde Enkenbach-Alsenborn, ist sicher keine Befürworterin wiederkehrender Beiträge, Herr Thielmann ist ein Befürworter. Also hören wir beide Sichtweisen.

Juchem: Mit zwei Referenten auf Infoveranstaltung zwei Sichtweisen aufs Thema.

Gibt es schon einen neuen Termin? Nein. In einem Telefonat habe ich erfahren, dass Herr Thielmann noch nicht wieder im Dienst ist.

Der Gemeinderat wird auf seiner heutigen Sitzung auf Veranlassung der Kommunalaufsicht den Ratsbeschluss vom 3. Dezember aufheben müssen. Damals war mehrheitlich in geheimer Abstimmung die beantragte Einführung wiederkehrender Beiträge abgelehnt worden. Nicht diesen Fakt montierte die Kommunalaufsicht allerdings, sondern dass in der für die Bolander doch sehr entscheidenden Frage keine öffentliche Beratung im Rat stattfand.

Das sieht die Kommunalaufsicht so, und daran halten wir uns natürlich auch. Ich sage aber auch, dass sich der Rat in der nichtöffentlichen Sitzung am 26. November, wo wir vier einhalb Stunden darüber debattiert haben, auf dieses Vorgehen am 3. Dezember verständigt hatte. Darauf hat dann Ratsmitglied Eckhard



Der Bolander Ortschef Armin Juchem im RHEINPALZ-Gespräch mit Barbara Tüll.

FOTO: NOBI

Mielke auch vor der Abstimmung am 3. Dezember hingewiesen.

Das werden die rund 200 Bolander, die an jenem Abend ins Bürgerhaus gekommen waren, kaum akzeptieren. Immer wieder mal ist ja auch zu hören, dass im Ort politisch starke Interessengruppen die Einführung wiederkehrender Beiträge ablehnen wollen und auch fünf Ratsmitglieder, die an Kreisstraßen wohnen und nach derzeitigen Regelungen gar nicht zu Ausbauhaltungen herangezogen werden, kein Interesse daran haben.

Ich möchte dazu sagen, dass ich als Bürgermeister für alle Bolander da bin und damit auch die Interessen aller Beteiligten zu berücksichtigen habe. Natürlich belasten Einmalbeiträge Bürger in den Straßen, die jetzt ausgebaut werden, stark. Aber man sollte auch nicht unterschätzen, dass bei der Umlegung auf alle die Besitzer größerer Gehöfte auch deutlich höher zur Kasse gebeten werden, da können in drei Jahren schon einige Tausend Euro anfallen. Ich versichere aber: Wenn der Antrag auf Einführung wiederkehrender Beiträge neu gestellt wird – die Kreisverwaltung hat uns für die Abschlusswiederholung ja ein Zeitfenster von einem halben Jahr gegeben

renden Beitrag positionieren: Dort ist eine Beschwärde anhängig, die die Verfassungsmäßigkeit dieser Beitragsform bezweifelt.

Nehmen wir dennoch mal für Bolanden an, es käme zum mehrheitlichen Ja im Gemeinderat für eine Einführung, wie dann weiter?

Dann hätte der Rat über sehr wesentliche Details zu befinden, vor allem die Abrechnungsgebiete, also: Wer kommt da überhaupt rein? Nur die Ortslage Bolanden? Oder zum Beispiel auch die Schule Weiherhof mit ihren allein 60.000 Quadratmetern Fläche? Da würden wir über drei Jahre von Ausbaubeiträgen in Höhe von über 70.000 Euro reden. Es ist also über die sechs Straßen hinaus eine Menge grundsätzlicher Klärungsbedarf.

Die Bürger in den sechs Straßen interessiert natürlich, ob sie für den laufenden Straßenausbau, der in diesem Jahr abgeschlossen werden soll, noch vom wiederkehrenden Beitrag profitieren, falls er denn in den nächsten Monaten eingeführt wird. Das wäre dann wohl möglich. Vor-erst werden jedenfalls für den Ausbau noch keine Bescheide verschickt.